

Handelskammern. Es gibt dazu ein Fortbildungsangebot im Bereich Ostwestfalen-Lippe. Das versuchen wir gerade zusammenzubinden.

Dahin gehend wollte ich Sie mitnehmen, damit Sie wissen, was wir tun. Meine Redezeit ist nun leider vorbei. Sonst hätte ich noch viel mehr ausführen können. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt immer wieder Reden mit besonderen Aspekten. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrages Drucksache 18/9129. Wer stimmt zu? – Die Fraktionen von Grünen, CDU und FDP. Wer lehnt ab? – Die SPD lehnt ab. Wer Enthält sich? – Die AfD. Somit ist dieser **Antrag Drucksache 18/9129 angenommen**. Vielen Dank.

Wir kommen zu:

#### 14 „36 Grad und es wird noch heißer“ – Das Land NRW muss sich für die kommenden Hitzewellen wappnen!

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/9163

Der Kollege Bakum eröffnet für die antragstellende Fraktion der SPD die Aussprache. Bitte schön.

**Rodion Bakum (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Kommen wir von Wassermelonen zu einem passenden Thema, das die Landesregierung ins Schwitzen bringt, oder wie der US-Rapper Nelly sagen würde: „It’s gettin’ hot in here“. Wer die weiteren Zeilen kennt, muss jetzt gleich mit vollem Körpereinsatz des Gesundheitsministers rechnen, denn wer im CDU-Bundesvorstand nur noch mit Hitzköpfen zu tun hat, hat eine Abkühlung verdient, finde ich.

(Beifall und Heiterkeit von der SPD)

Wir sprechen daher über Hitzeschutz. Wir müssen darüber sprechen, denn die Klimakrise ist die größte Bedrohung für unsere Gesundheit. Vorbei sind die Zeiten, in denen wir uns mit Bryan Adams zum Klang der Gitarre aufs Händchenhalten mit der ersten Freundin freuen durften, denn der „Summer of ’69“ kommt nie wieder. Der Sommer 1969 war 1,5 Grad Celsius kühler als der Sommer 2023 – 1,5 Grad in 54 Jahren: Paris lässt grüßen.

Welcher Klassiker wird also wohl den Sommer 2024 beschreiben? Farin Urlaub’s „Zu heiß“? „Cruel Summer“ von Taylor Swift? Oder womöglich Dua Lipa mit „Hotter Than Hell“? Diese Frage kann uns allein die Landesregierung beantworten. Bekanntermaßen lautet die Hymne der selbsternannten Zukunftscoalition: I’m walking on sunshine.

(Beifall von der SPD)

Hitze betrifft uns in allen Lebensbereichen: berufstätige Familien, Seniorinnen und Senioren, direkt an unserem Wohnort auf dem Land und auch in der Stadt. Gerade berufstätige Familien fragen sich: Ist unser Arbeitsplatz eigentlich klimasicher? Können wir gesund arbeiten, vor allem im Freien? Was passiert, wenn mein Kind plötzlich hitzefrei bekommt? Bekommt mein Kind im Kindergarten ausreichend Wasser und Abkühlung?

Die Landesregierung mag es belächeln, wenn die SPD von angepassten Arbeitszeiten spricht. Doch wenn der Deutsche Ärztetag erst letzte Woche beschließt, auf einen stärkeren UV- und Hitzeschutz am Arbeitsplatz im Freien hinzuwirken, weil – ich zitiere – ein Teil der Betriebe in Deutschland die gesetzlichen Vorgaben zum UV- und Hitzeschutz nicht in ausreichendem Maße umsetzt, dann handelt der Minister hoffentlich bald. Sonst werden die Worte von Helge Schneider wahr: „Sommer, Sonne, Kaktus! Ich will nie mehr arbeiten geh’n“.

(Beifall von der SPD)

Richtig gefährlich wird es für Menschen im hohen Alter. Für das Jahr 2022 schätzt das Robert Koch-Institut deutschlandweit eine hitzebedingte Übersterblichkeit von 4.500 Menschen. Für das Jahr 2023 werden 3.100 hitzebedingte Sterbefälle geschätzt, die nicht hätten sein müssen. Mehr als die Hälfte der Menschen war über 85 Jahre alt. Das sind unsere Großeltern, Eltern, Freundinnen und Freunde, liebe Menschen, deren Tod vermeidbar gewesen wäre. Wenn wir Tausende von Todesfällen aufgrund der Klimakrise jedes Jahr einfach akzeptieren, dann wird das statistisch gesehen bald keine Übersterblichkeit, sondern normal sein. Wir wollen eine solche Normalität nicht.

(Beifall von der SPD)

Übrigens fordert auch der Deutsche Städtetag ganz aktuell verpflichtende Hitzeaktionspläne in den Kommunen, um genau diese verletzlichen Gruppen zu schützen. Für viele Menschen dieser Altersgruppe ist „Here Comes The Sun“ von den Beatles ein fröhliches Lied. Arbeiten wir also gemeinsam daran, dass es nicht zur Drohung wird. Schon Joe Cocker wusste nämlich: „hot town, summer in the city“, kein Schatten in der Stadt, die Menschen sehen halbtot aus, der Bürgersteig ist heißer als ein brennendes Streichholz.

So schlimm wie in diesem Lied ist es zum Glück nicht. Damit es aber nicht Realität wird, brauchen die Kommunen von Land und Bund mehr finanzielle Unterstützung, damit Klimaschutzaufgaben als freiwillige Leistung nicht jedes Jahr auf der Streichliste stehen. Wir müssen nicht das Klima retten, sondern uns selbst, und das geht nur mit den Kommunen gemeinsam.

(Beifall von der SPD)

Arbeit, Familie, Gesundheit von Land bis Stadt – darum müssen wir uns kümmern, damit der „Somma im Kiez“ auch angenehm wird. Ich vermute aber, der Gesundheitsminister wird gleich nicht nur kühl reagieren, sondern uns mit Rudi Carrells Klassiker einheizen:

„Der Winter war der Reifall des Jahrhunderts, nur über Tausend Meter gab es Schnee. Mein Milchmann sagt: ‚Dies Klima hier, wen wundert’s? Denn schuld daran ist nur die [...]‘“

(Zuruf: SPD!)

– Der Minister hätte gerne mitmachen können.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU] – Thorsten Klute [SPD]: Der singt das gleich ins Mikro!)

Wir sind natürlich gerne schuld, denn Schuld bedeutet, dass wir auch arbeiten. Wir halten auch gerne den Kopf hin, wenn es für berufstätige Familien, Seniorinnen und Senioren in unseren Kommunen einen besseren Hitzeschutz geben soll. Dank der Band 2raumwohnung wissen wir nämlich: „36 Grad und es wird noch heißer“. Wir hoffen aber, dass der Gesundheitsminister nicht die nächsten Verse singt: „36 Grad, kein Ventilator. Das Leben kommt mir gar nicht hart vor.“

Also verbleibe ich mit Blick auf die kommende Fußball-WM mit den Worten eines großen Sohnes des Ruhrgebiets: „Zeit, dass sich was dreht“ – auch beim Hitzeschutz. – Bleiben Sie gesund!

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Ganz in diesem Sinne machen wir weiter mit dem Kollegen Hagemeyer aus der Fraktion der CDU.

**Daniel Hagemeyer (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Zukunftscoalition von CDU und Grünen ist die Sicherung der Gesundheit der Menschen und der Schutz von Natur und Umwelt in unserem Land ein wichtiges Anliegen. Das gilt besonders im Kontext der verheerenden Folgen des Klimawandels – und das nicht erst seit heute, denn es war die CDU-geführte Vorgängerregierung, die am 1. Juli des Jahres 2021 das Klimaanpassungsgesetz NRW beschlossen hat. Es war

übrigens das bundesweit erste seiner Art. Es war ein Beschluss mit Weitblick, an den die Zukunftscoalition von CDU und Grünen anknüpft und auf dem sie aufbaut.

Wir wissen, dass mit fortschreitendem Klimawandel neben ökologischen und ökonomischen Schäden auch Gefahren für die Gesundheit der Menschen drohen. Der Bezugspunkt des vorliegenden Antrags ist dabei lediglich einer von mehreren Bezugspunkten, die es zu berücksichtigen gilt.

Zahlreiche Ereignisse zurückliegender Jahre haben uns deutlich vor Augen geführt: Der Klimawandel ist Realität – global genauso wie regional. Parallel zum Schutz des Klimas sind wir daher gut beraten, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Widerstandsfähigkeit unserer Umwelt, unserer Natur, unserer Infrastruktur und der Menschen selbst nach Kräften zu stärken. Das sind wir uns selbst und unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Im Sinne des in Mönchengladbach geborenen Philosophen Hans Jonas muss menschliches Handeln immer kompatibel mit der Permanenz menschlichen Lebens auf unserem Planeten sein. In Nordrhein-Westfalen handeln wir genau danach.

Das 2021 beschlossene Klimaanpassungsgesetz ist dabei ein wichtiger Schritt, mit dem wir den schon jetzt unabwendbaren Klimafolgen vorbeugen. Wir tun aber noch mehr. Mit dem Gesetz schreibt die Landesregierung das Ziel fest, die negativen Auswirkungen des Klimawandels, so gut es uns möglich ist, zu begrenzen. Im Ergebnis sind alle Träger öffentlicher Aufgaben seither verpflichtet, die Klimafolgen bei allen Planungen und Entscheidungen zu berücksichtigen. Das ist gut und richtig so.

Gleichzeitig ist die Erstellung und Fortschreibung einer Klimaanpassungsstrategie, die Durchführung eines Klimafolgen- und Anpassungsmonitorings und die Einrichtung eines Beirats für Klimaanpassung gesetzlich festgeschrieben.

Ich könnte weitere Punkte nennen. Mit Blick auf die Zeit verweise ich auf die Ihnen bekannten Quellen, wo Sie alle Punkte nachlesen können.

Die Landesgesundheitskonferenz hat außerdem im Oktober des Jahres 2022 eine gemeinsame gesundheitspolitische Erklärung verabschiedet. Der Titel: „Klimaschutz und Klimaanpassung sind Gesundheitsschutz“. Hierin sind weitere wichtige Punkte enthalten.

Auch im Zuge der Beantwortung der thematisch korrespondierenden Großen Anfrage der antragstellenden Fraktionen durch die Landesregierung ist deutlich geworden, dass sich das Land der Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung der Auswirkungen des Klimawandels und der zu ergreifenden Maßnahmen vollumfänglich bewusst ist.

Zur Bewältigung der Jahrhundertaufgabe, die der Klimawandel in der Tat ist, bedarf es einer langfristigen Strategie, die alle gesellschaftlichen Akteure einbindet und zusammenführt. Ich bin der Überzeugung, dass die Zukunftscoalition von CDU und Grünen und die sie tragende Landesregierung diesem Anspruch schon heute mit ihrer Politik der langen Linien, der Verlässlichkeit und der Verbindlichkeit gerecht werden.

Der Überweisung des Antrags in den zuständigen Fachausschuss stimmen wir zu. Gleichzeitig setzen CDU und Grüne ihre engagierte Politik für Klimaschutz und Klimafolgenbewältigung konsequent fort, denn das, meine Damen und Herren, ist im Interesse der Menschen in Nordrhein-Westfalen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank, Herr Kollege Hagemeier. – Ich darf einen Halbsatz von Ihnen wiederholen. Sie haben einmal – Zitat – „mit Blick auf die Zeit“ gesagt. Um 21:15 Uhr sollte uns das bei jeder Rede ein wenig nachdenklich stimmen. – Frau Thoms von den Kollegen der Grünen steht bereits am Rednerpult. Herzlich willkommen.

**Meral Thoms (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier schon häufig über das Thema „Hitzeschutz“ debattiert, und mittlerweile sollte uns allen klar sein, dass die Klimakrise voranschreitet. Das heißt, dass in NRW Hitzewellen in Zukunft zunehmen werden.

Hitze belastet uns alle. Hitze belastet unsere Körper. Hitze belastet vor allem die Älteren, Kleinkinder, Schwangere und vulnerable Gruppen wie Obdachlose. Im vergangenen Jahr gab es allein in Deutschland mehr als 3.000 hitzebedingte Tote zu beklagen, und jedes Hitzeopfer ist selbstverständlich eines zu viel.

Wenn Sie, liebe SPD, meinen, Sie hätten mit diesem Antrag heute ein neues Thema auf die Agenda gebracht, muss ich Ihnen sagen, dass Sie reichlich spät kommen.

(Rodion Bakum [SPD]: Das kommt jedes Jahr wieder!)

Das Land und viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind in Sachen Hitzeschutz schon längst auf dem Weg. Ich nenne Ihnen schlaglichtartig ein paar Stichworte.

Stichwort „Aufklärung“: Das Landeszentrum für Gesundheit betreibt das Portal „Hitze und Gesundheit“, das sich sowohl an die Bevölkerung als auch an Fachpersonal richtet und aufklärt.

Stichwort „Beratung und Vernetzung“: Das LZG hat ein Netzwerk „Hitzeschutz“ mit allen Akteuren des Gesundheitswesens eingerichtet und berät die Kommunen bei der Erstellung von Hitzeschutzplänen.

Stichwort „Finanzen“: In Zeiten knapper Kassen haben wir für Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen im Krankenhaus mehr als 800 Millionen Euro bereitgestellt, um sicherzugehen, dass unsere Krankenhäuser für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet sind.

Stichwort „Stadtentwicklung“ – auch das gehört dazu –: Mit der neuen Landesbauordnung haben wir Schottergärten endlich eine klare Absage erteilt und setzen verstärkt auf Hitzeschutzmaßnahmen wie Vorgärten und Fassadenbegrünungen.

Ich nenne nicht zuletzt das Stichwort „Wasser“: Wasser ist eine überlebenswichtige Ressource, und zum Hitzeschutz gehören selbstverständlich sauberes Trinkwasser und Wasser zur Erfrischung. In der Enquetekommission „Wasser in Zeiten der Klimakrise“, die wir initiiert haben, muss deshalb auch der Gesundheitsschutz der Bevölkerung aufgegriffen werden.

Für uns ist selbstverständlich, dass der Gesundheitsschutz in der Klimakrise ein Thema ist, das weit über den Hitzeschutz hinausgeht und das in allen Politikfeldern angepackt wird.

Zurück zum Antrag: Der Antrag fokussiert auf ein Symptom der Klimakrise, nämlich die Hitze. Die zentrale Frage nach der Entstehung der gesundheitlichen Gefahren der Klimakrise, die mitgedacht werden muss, wird aber nicht gestellt.

Wir kämpfen in Europa, im Bund, im Land und in jeder Kommune in NRW mit beachtlichem Erfolg dafür, die Ursachen der Klimakrise zu bekämpfen. In Deutschland ist die Treibhausgasemission im Jahr 2023 um 10 % gesunken. Diese deutliche Reduktion ist ein großer Erfolg grüner Wirtschaftspolitik, die im Bund und bei uns in NRW auf erneuerbare Energien setzt.

Liebe SPD, der „Wünsch-dir-was-Katalog“ – so muss man ihn nennen – in Ihrem Antrag ist wieder einmal lang. Allerdings bleibt, wie so häufig, die Frage offen, wie sich dieser Katalog finanzieren und vor allem umsetzen lässt.

Für uns gilt, dass wir die Ursachen der Klimakrise entschlossen bekämpfen und die Bevölkerung vor bereits entstandenen Risiken schützen. Liebe SPD, lassen Sie uns daher den Fokus nicht nur auf die Folgen der Klimakrise richten, sondern auch gemeinsam an den Ursachen arbeiten.

Dabei ist ein wichtiger Hebel unser Gesundheitswesen selbst, weil es für 5,2 % des nationalen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich ist. Es ist deshalb an der Zeit, dass die Nachhaltigkeit neben der Wirtschaft-

lichkeit und der Qualität als Leitprinzip im Fünften Buch Sozialgesetzbuch verankert wird.

Wir stimmen der Überweisung des Antrags in den Fachausschuss zu und freuen uns auf die dortige Debatte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Bakum. Darf sie gestellt werden?

**Meral Thoms (GRÜNE):** Ja.

**Vizepräsident Christof Rasche:** Der Kollege Bakum stellt jetzt seine Frage. Bitte.

**Rodion Bakum (SPD):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, Frau Kollegin Thoms. Mein Finger juckte mehrmals, um eine Frage zu stellen. Sie haben den Antrag als „Wünsch-dir-was-Katalog“ bezeichnet. Ihre Partei ist Mitglied der Bundesregierung, die bereits einen Musterhitzeaktionsplan mit ganz vielen Punkten umgesetzt hat, die wir heute von der Landesregierung fordern. Ist es aus Ihrer Sicht daher auch ein „Wünsch-dir-was-Katalog“, was Ihre grüne Bundesregierung mit beschlossen hat?

**Vizepräsident Christof Rasche:** Wir kommen jetzt zur Antwort.

**Meral Thoms (GRÜNE):** Natürlich haben wir Hitzeaktionspläne, und bei Hitzeschutzplänen, die ein Teil Ihres Antrags sind, berät – darauf bin ich schon eingegangen – das LZG. Ihr Antrag hat die aber natürlich auch eine Menge anderer Maßnahmen, bei denen wir sehr darüber diskutieren könnten, wie das im Detail umzusetzen ist.

Ich bin in meiner Rede extra nicht darauf eingegangen, aber wir haben uns zum Beispiel zu der Forderung nach freier Sonnencreme in Schwimmbädern und in Freibädern viele Fragen gestellt. Es gibt unterschiedliche Hauttypen, und welche Art von Sonnenschutz sollte man hier nehmen? Sollten wir einen für alle oder einen mittleren nehmen?

(Rodion Bakum [SPD]: Am besten einen ohne Weichmacher!)

Wenn der mittlere Sonnenschutz bei hellen Hauttypen wie mir nicht reicht, was macht man dann? Bekommen die Menschen einen Sonnenbrand? Sind wir dafür womöglich haftbar? Wer kontrolliert das?

Es gibt also unabhängig von Fragen der Finanzierung sehr viele Detailfragen, und so könnten wir weitergehen. Wir haben aber noch genügend Zeit, um

im Fachausschuss zu diskutieren. Ich freue ich mich darauf.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Wunderbar. – Wir machen mit Susi Schneider aus den Reihen der Fraktion der FDP weiter. Bitte sehr.

**Susanne Schneider (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion. Ich freue mich vor allem, weil das Thema „Gesundheit“ für alle Geschlechter in den Blick genommen wird. In der letzten Plenarwoche hatten Sie einen Antrag vorgelegt, der eine geschlechterspezifische Hitzevorsorge beinhaltet.

(Zurufe von Rodion Bakum [SPD] und Thorsten Klute [SPD])

Dieser Antrag gefällt mir viel besser.

Lieber Kollege Bakum, Sie haben den Summer of 69 zitiert und gesagt, dass es 1,5 Grad wärmer geworden sei und Sie sich deshalb vom Händchenhalten abhalten lassen. Das schockiert mich persönlich schon. Darüber müssen wir noch einmal sprechen.

(Rodion Bakum [SPD]: Man schwitzt so viel! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich habe jetzt überhaupt einiges gehört, das spannend, drollig oder ulkig ist. Der Kollege von der CDU sprach davon, die Koalition würde eine Politik der langen Linien betreiben. Ich habe eher das Gefühl, dass es eine Politik ist, bei der wir es lange liegenlassen. Ich denke, das trifft es eher.

Es wird in Deutschland wärmer und die Zahl der Hitzewellen nimmt definitiv zu. Wir müssen uns auch darauf vorbereiten, aber vielleicht sollten wir es nicht ganz so alarmistisch angehen, wie es der Antragstitel tut. Das wiederum tut der Debatte nicht gut und wird den im Antrag zu Recht angesprochenen Punkten nicht gerecht.

Es gibt also keinen Mangel an Erkenntnis. Ob es einen Mangel an Handlungen gibt, sollten wir uns genauer anschauen. Richtig ist, dass Deutschland im Bereich „Hitzeschutz“ langsamer als alle anderen europäischen Staaten war. Spanien, Italien, aber auch England und Frankreich verfügen bereits länger über Hitzefallpläne.

Von den dortigen Erfahrungen konnte man aber auch lernen, und seit dem letzten Sommer gibt es den Hitzeschutzplan für Gesundheit des Bundesgesundheitsministeriums.

Wesentliche Elemente des Hitzeschutzplans sind die Sensibilisierung der Bevölkerung zum Zusammenhang von Hitze und Gesundheit sowie die Vernet-

zung von Akteuren des Gesundheitswesens und kommunalen Entscheidungsträgern. In Deutschland sind nämlich die Länder und die Kommunen für konkrete Maßnahmen und Hitzeaktionspläne zuständig. Daher ist es richtig, die Landesregierung als Akteur in den Blick zu nehmen.

Wenn es zu besonderen Hitzebelastungen kommt, ist ganz unmittelbar das Gesundheitswesen gefragt. Viele Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen sind jedoch baulich nicht auf die Gefahr zunehmender Hitzewellen ausgerichtet. Hier gibt es einen echten Anpassungsdruck und Investitionsbedarf. Diesen kommt die Landesregierung aber im Gegensatz zu Frau Thoms Ausführungen nicht im ausreichenden Maße nach. Da nämlich Strukturreformen und Klimaanpassungen bei den Krankenhäusern aus dem gleichen Topf finanziert werden sollen, wird die Decke an einem Ende immer zu kurz bleiben.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

In den Ausbildungsplänen sowie in der Fort- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe sollte der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Gesundheit besser berücksichtigt werden. Bereits vorhandene Ansätze in den Lehrplänen müssen weiter ausgebaut werden. Wir müssen auch die niedergelassenen Ärzte einbeziehen, damit Risikopatienten von ihren Hausarztpraxen noch besser durch Hitzeperioden begleitet werden können.

Die Kommunen brauchen bei der Aufstellung von Hitzeaktionsplänen mehr Unterstützung. Bis jetzt verfügen lediglich zwei kreisfreie Städte und ein Landkreis über einen solchen Plan. In 16 Kreisen und 18 kreisfreien Städten wird an einem Hitzeaktionsplan immerhin gearbeitet. Viele Kreise und kreisfreie Städte haben die Aufstellung eines Hitzeaktionsplans aber noch gar nicht als Aufgabe begriffen.

Daran wird deutlich, dass die Bemühungen und Angebote des Landesentrums Gesundheit NRW noch lange nicht ausreichen.

(Beifall von der FDP)

Unterstützungsangebote für die Kommunen müssen dabei auch passgenau ausgestaltet werden. Die Herausforderungen sind auf dem Land anders als in den städtischen Ballungsräumen, weil sich dort die Hitze auch in der Nacht ganz anders verteilt. Bei Hitzewellen sterben in Städten im Vergleich zum Umland leider deutlich mehr Menschen.

Die Hilfe für die Kommunen sollte zudem auf der bereits vorhandenen Webplattform „hitzeservice.de“ des Bundes abgestimmt sein. Das NRW-Infoportal Hitze und Gesundheit ist ein guter Ansatz für mehr und effektiveren Hitzeschutz. Es wird aber eine der Hauptaufgaben sein, sowohl Akteure als auch Informationen besser zu vernetzen.

Auch in diesem Bereich muss das Rad nicht immer neu erfunden werden. Kommunen sollten daher zur Zusammenarbeit angehalten werden, und auch das Land könnte mit anderen Bundesländern kooperieren, denn ein Hitzetelefon muss schließlich nicht nur auf Nordrhein-Westfalen beschränkt sein.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Ich sehe im vorliegenden Antrag viele spannende Punkte und freue mich jetzt schon auf die Beratung im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Christof Rasche:** In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an den vergangenen Sommer. Dazu fällt mir eher der Song „It's Raining Men“ ein, weil da nichts mit Hitze war, da war nur Regen.

(Heiterkeit)

Aber jetzt hat Dr. Vincentz das Wort für die Fraktion der AfD.

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat, bei diesem Wetter gucken viele Menschen nach draußen und fragen sich: Wann wird's mal wieder richtig Sommer? Das ist so.

(Wibke Brems [GRÜNE]: Ha, ha!)

Hitzewellen und besonders heiße Tage sind ein Problem – insbesondere für Risikogruppen bzw. vulnerable Personen. Wir werden das Weltwetter aus NRW heraus nicht retten können, aber wir können genügend Schutz vor besonders extremer Hitze bieten – auch als Politik.

Deswegen wird es Sie nicht wundern, dass die AfD-Fraktion bereits vor fünf Jahren einen Antrag dazu gestellt hat – man darf ja mittlerweile nichts mehr hochhalten, deswegen habe ich ihn auf meinem Platz liegen gelassen –, mit erstaunlicher Ähnlichkeit zu dem Antrag, den heute die SPD präsentiert.

Aber was ist denn damals geschehen? – Wunder, oh Wunder, unser Antrag wurde natürlich abgelehnt. Warum? – Man sei auf einem guten Weg, hatten die Redner damals gesagt, die Kommunen, Land, Bund, EU hätten das alles schon auf dem Schirm, sie würden da sozusagen schon in der Umsetzung stehen. – Ach so.

Jetzt verlässt Sie allerdings offenbar der Glaube daran – fünf Jahre später, obwohl ja alles schon auf einem guten Weg war –, und Sie haken noch einmal nach.

**Vizepräsident Christof Rasche:** Genau. Zu dem Nachhaken gibt es gerade eine Zwischenfrage vom Kollegen Bakum.

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Ja, die lasse ich gerne zu.

**Vizepräsident Christof Rasche:** Bitte sehr.

**Rodion Bakum (SPD):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, Herr Vincentz. Sie dürfen ihn zwar nicht hochhalten, aber ich habe den Antrag hier liegen – Ihr Argument war ja erwartbar.

Erklären Sie mir bitte, wo unsere Anträge ähnlich sind. In Ihrem Antrag stehen vier allgemeine Sachen. Sie fordern Hitzeaktionsplan, Maßnahmen, Zuständigkeiten und Kommunikation, während wir 19 konkrete Punkte haben. Können Sie mir bitte erklären, da Ihr Antrag sich auf das Jahr 2003 bezieht und wir 20 Jahre weiter sind, wo da eine Ähnlichkeit ist?

(Beifall von der SPD und der FDP)

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Ja, sehr gerne sogar, weil sich die Hitze tatsächlich nicht großartig geändert hat. Die Menschen leiden immer noch unter der Hitze wie auch 2003 schon an besonders heißen Tagen. 36 Grad bleiben 36 Grad, wenn Sie denen ausgesetzt sind.

(Heiterkeit von Christian Loose [AfD])

Tatsache ist natürlich: Wir hätten uns damals lieber auf Experten verlassen, was die Forderungen angeht. Sie von der SPD scheinen es mal wieder besser zu wissen als die Experten und stellen sehr konkrete Forderungen, während wir uns das damals eher angehört hätten.

Jetzt mittlerweile gibt es einige Forderungen auch vom letzten Deutschen Ärztetag. Das hätten wir auch in einen Antrag mit einfließen lassen.

(Rodion Bakum [SPD]: Das steht alles drin!)

Wir hätten vor fünf Jahren – hätten Sie das nicht abgelehnt – natürlich auch Experten dazu befragen können, aber von Ihrer Seite, mal wieder, muss man sagen: falsche Parteifarbe. Von daher hatte man an diesem Thema kein Interesse.

Noch einmal: Hätten wir vor fünf Jahren schon angefangen, dann stellen Sie sich einmal vor, wie viele Tausend Menschen wir hätten retten können, hätten Sie nicht aus Borniertheit unserem Antrag von der AfD eine Ablehnung erteilt.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der SPD)

Aber ich verspreche Ihnen: Wenn Sie in dieser unsagbaren Geschwindigkeit weitermachen, bin ich in

fünf Jahren wieder dran. Dann frage ich noch einmal nach, wie weit Sie in der Umsetzung sind – Schwarz-Grün oder vielleicht auch wieder mit einer SPD-Regierung, wenn es Sie als Partei dann überhaupt noch gibt.

(Rodion Bakum [SPD]: Dann sind Sie aber nicht mehr hier!)

Dann würde ich definitiv noch einmal einen Antrag dazu stellen und schauen, ob wir vielleicht dann auf der Zielgeraden zur Umsetzung zum Hitzeschutz für vulnerable Gruppen in Nordrhein-Westfalen sind.

(Rodion Bakum [SPD]: Garantiert!)

Es könnte so lustig sein – Sie haben das Thema ja auch lustig aufgezoogen –, wenn es nicht so traurig wäre. Noch einmal: Hätten Sie vor fünf Jahren unserem Antrag schon zugestimmt, hätten wir uns schon auf den Weg begeben. Wir hätten – Sie haben es ausgeführt – Tausenden Menschen das Leben retten können. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Für die Landesregierung hat nun Minister Karl-Josef Laumann das Wort. Bitte sehr.

**Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales:** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ehrlich sagen, dass ich mich über den Antrag der SPD-Fraktion schon ein bisschen gewundert habe.

(Rodion Bakum [SPD]: Was?)

Denn es gab auch die Große Anfrage 12 Ihrer Fraktion. Da haben wir zu vielen Punkten, die auch in Ihrem Antrag vorkommen, umfangreich Stellung genommen.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Es ist zu wenig passiert!)

Irgendwie wundert man sich, dass man das andauernd wiederholen muss.

(Rodion Bakum [SPD]: Konkludentes Handeln nennt man das!)

Nehmen wir einmal das Beispiel Hitzeaktionspläne. Sie wissen, dass das Umweltministerium seit 2020 im Rahmen des Förderprogramms Klimawandelvorsorge Mittel für die Erarbeitung kommunaler Hitzeaktionspläne sowie Maßnahmen zu deren Vorbereitung zur Verfügung stellt. Zudem hat das Ministerium in großem Umfang Mittel aus EFRE und Landesmitteln für die Erarbeitung von Hitzeaktionsplänen zur Verfügung gestellt.

Wenn Sie sich in unseren Kommunen umschaun, dann sehen Sie, dass das Entstehen dieser Hitze-

aktionspläne in vielen Kommunen beschlossen ist und sie auf den Weg gebracht sind. Einige sind auch dabei, umgesetzt zu werden.

**Vizepräsident Christof Rasche:** Herr Minister.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nein, ich möchte erst einmal vortragen.

Sie fordern darüber hinaus, bauliche Hitzeschutzmaßnahmen von Pflege- und Gesundheitseinrichtungen.

(Rodion Bakum [SPD]: Ja!)

Sie wissen doch ganz genau, dass in den Pflegeeinrichtungen über die Investitionen der Eigentümer selbstverständlich Hitzeschutzmaßnahmen vorgenommen werden können. Natürlich ist es wahr, dass das dann die Investitionskosten in diesen Einrichtungen nach oben drückt und dass die Pflegebedürftigen das bezahlen müssen, aber die Wahrheit ist auch, dass es in Nordrhein-Westfalen für diejenigen, die es nicht bezahlen können, ein Pflegewohngeld gibt oder dann natürlich – wie in ganz Deutschland – die Grundsicherung in der Pflege diese Kosten übernimmt. Auch da haben wir, finde ich, eine vernünftige Finanzierung, da es für diejenigen, die es nicht tragen können, gesamtstaatlich getragen wird, es aber für diejenigen, die es tragen können, selbstverständlich nicht gesamtstaatlich getragen wird.

Ich glaube auch, dass man ganz klar festhalten muss, dass das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung in großem Umfang Maßnahmen in der städtebaulichen Entwicklung und in der Wohnraumförderung unterstützt, um zu mehr Klimaresistenz zu kommen und einen präventiven Hitzeschutz in unseren Städten zu schaffen. Es gibt doch heute keine einzige städtebauliche Planmaßnahme mehr, bei der dieses nicht Bestandteil des Förderbescheides und auch Bestandteil in der Umsetzung ist.

(Beifall von der CDU)

Das wird von uns doch längst gemacht. Auch im Bereich der Städtebauförderung bestehen hier selbstverständlich sehr viele Förderangebote zur Gestaltung öffentlicher Räume oder zur Errichtung von Hitzeschutzräumen als Gemeinschaftseinrichtungen – sofern sie ein Baustein des Entwicklungskonzeptes in Stadterneuerungsgebieten nach Baugesetzbuch sind.

Ebenso ist eine Förderung der energetischen Sanierung in klimaangepasster Gestaltung von Wohngebäuden und Grundstücken im Rahmen des geförderten Wohnungsbaus möglich und Bestandteil der Förderpolitik des Landes Nordrhein-Westfalens.

Wundern muss ich mich also auch über die Forderung, wir bräuchten einen Klimaatlas. Es gibt einen Klimaatlas in Nordrhein-Westfalen mit allen Daten, die Sie dort abrufen können. Auch das hätte Ihnen eigentlich auffallen können.

Dann zu Ihrer Anmerkung, dass den Obdachlosen besondere Sorge gelte. – Ja, das habe ich auch. Deswegen gibt es in Nordrhein-Westfalen von meinem Ministerium schon seit ganz langer Zeit – im Winter für den Kälteschutz und im Sommer für den Hitzeschutz – Maßnahmen, die wir immer wieder über 100 unterschiedliche Träger in Nordrhein-Westfalen den Obdachlosen zugutekommen lassen. Das werden wir selbstverständlich auch in diesem Sommer tun.

Sie sehen, dass die Landesregierung in dieser Frage nicht – wie Sie es auf eine vielleicht sehr lustige Art darstellen – untätig ist, sondern sehr ernsthaft an dieser wichtigen Aufgabe hier in Nordrhein-Westfalen arbeitet. Natürlich kann man das alles nicht von einem auf den anderen Tag verändern. Das wissen Sie auch, denn das geht nirgendwo in Deutschland und auf der Welt. Aber diese Landesregierung ist dabei, es Schritt für Schritt umzusetzen. Sie wissen, dass wir noch sehr viel Zeit haben, wenn Sie so weitermachen, diese Schritte im Namen der jetzigen Regierung fortzusetzen. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Herr Minister, es liegt eine Kurzintervention vor. Da kann man nicht Nein sagen, aber vom Platz aus geht es.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Machen wir vom Platz aus.

**Vizepräsident Christof Rasche:** Gerne.

(Thorsten Klute [SPD]: Also doch Rudi Carrell!)

Der Kollege Bakum hat jetzt das Wort für 60 Sekunden, bitte sehr.

**Rodion Bakum (SPD):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Minister, auf ein paar Punkte möchte ich selbstverständlich noch eingehen.

Mir wäre es einfach recht, wenn wir sagen würden: Es läuft schon einiges, aber zur Wahrheit gehört dazu, dass noch viel mehr gemacht werden muss. – Sie haben Hitzeaktionspläne genannt. Von 53 kreisfreien Städten und Kreisen haben zwei einen in der Umsetzung und zwei beschlossen. Es gibt 15 Kreise – 14 davon mit CDU-Landräten –, die noch gar nichts gemacht haben. Wie können Sie uns das erklären?

Zu den Förderprogrammen, die Sie angesprochen haben: Förderprogramme sind immer schön, wenn man sie auch mit eigenen Mitteln entsprechend finanzieren kann. Ich nenne nur ein Beispiel: Aus den ganzen Förderprogrammen, die Sie aufgelistet haben, hat die Millionenstadt Köln 75.000 Euro für coole Schulhöfe erhalten und die Stadt Zülpich im Regierungsbezirk Köln zehnmal so viel. Insofern erklären Sie uns bitte, wie Sie bei diesem Thema strukturell Gerechtigkeit als Regelaufgabe schaffen wollen.

Beim Klimaatlas haben Sie recht, aber es wäre einfach gut, wenn man das auch kommunal abrufen könnte, damit man weiß, was man kommunal tun kann. Wenn dann noch der UV-Schutz und die Luftqualität hinzukämen, dann wäre das noch besser.

Insofern sind wir uns zwar im Ziel einig, aber zur Wahrheit gehört dazu, dass wir noch ein Stück weit mehr tun müssen. Der Bund tut einiges, die umliegenden Länder tun einiges, und wir müssten eigentlich auch noch viel mehr tun. Das wäre eine ehrliche Antwort, die ich von Ihnen erwartet hätte.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Die weiteren Kollegen werden sich sicherlich an die 60 Sekunden halten, die uns allen vorgegeben sind. – Der Minister klinkt sich jetzt ein und hat das Wort, bitte.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Verehrter Kollege, ich teile Ihre Analyse nicht, und ich teile Ihren Vorwurf nicht. Nordrhein-Westfalen ist in dieser Frage genauso unterwegs wie alle anderen Länder auch.

Es ist eine gewaltige Herausforderung. Wir sind bei anderen Fragen dabei, eine gute Politik hin zu mehr Klimasicherheit oder zur Verhinderung von CO<sub>2</sub>-Emissionen – da ist Nordrhein-Westfalen ein führendes Land, das wissen Sie auch – hinzukriegen. Das ist auch eine wichtige Aufgabe der Prävention in diesem Bereich. Ich sehe – im Gegensatz zu Ihnen – das Land Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt.

Über die weiteren Fragen können wir dann gerne zu einer etwas anderen Tageszeit im Ausschuss sprechen.

(Rodion Bakum [SPD]: Wir können auch noch länger machen!)

Das können wir auch.

**Vizepräsident Christof Rasche:** Es gibt die Möglichkeit, Gespräche bilateral fortzusetzen – von mir aus auch bis weit nach Mitternacht –, aber ich meine, wir sollten jetzt in der Tagesordnung weitermachen. – Wir sind damit am Schluss der Aussprache.

Ich komme zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 18/9163** an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur, Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung stattfinden. Wer stimmt diesem Vorschlag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer lehnt ab? – Niemand. Wer Enthalt sich? – Auch niemand. Damit verfahren wir so.

Wir kommen zu:

### **15 Ramadanfeierlichkeiten an nordrhein-westfälischen Hochschulen – Fastenbrechen im säkularen Staat**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/9168 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der AfD hat Professor Dr. Zerbin das Wort. Bitte sehr.

**Prof. Dr. Daniel Zerbin** (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor einiger Zeit hat sich eine vermeintlich progressive Politikergeneration auf den Weg gemacht, die Welt vom neuen deutschen Wesen zu beseelen. Durch freie Heilfürsorge bei offenen Grenzen, deutsche Pässe und Geld für alle bei gleichzeitiger Deindustrialisierung der eigenen Wirtschaft sollte das Klima, der Frieden und sowieso die ganze Welt gerettet werden.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Was ist aus diesen hoch noblen Vorhaben geworden?

(Julia Eisentraut [GRÜNE]: Was hat das mit Wissenschaft zu tun?)

Hier einige Fakten aus Nordrhein-Westfalen. Die Wirtschaftsleistung ist im Jahr 2023 mit 1,1 % deutlich stärker geschrumpft als im bundesweiten Durchschnitt mit 0,3 %.

(Julia Eisentraut [GRÜNE]: Wo ist der Zusammenhang mit der Wissenschaft?)

Der Ärztekammer Westfalen-Lippe zufolge fehlen etwa 5.000 Studienplätze für Medizin. Die Gewaltkriminalität ist im Zehnjahresvergleich um 21 % gestiegen. 40,7 % der Täter sind Nichtdeutsche. Die Justiz ist hoffnungslos überlastet. 403 offene Stellen für Staatsanwälte gibt es laut dem Bund Deutscher Richter und Staatsanwälte.

(Julia Eisentraut [GRÜNE]: Thema!)